

Windkraft- Pläne gestoppt

Innenminister Bruch gegen Initiative Mittelrhein-Westerwald - Droht "verspargelte" Landschaft?

Die Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald wollte die Windenergie steuern und die "Spargel"-Landschaft im Norden des Landes ordnen. Weil sie aber Windräder auf nur 0,2 Prozent der Fläche dulden will, hat Innenminister Karl Peter Bruch (SPD) den Plan als nicht genehmigungsfähig gestoppt.

RHEIN LAND-PFALZ. An der Börse dreht die Windenergie ein immer größeres Rad, vor Ort aber lässt sie Politiker zwischen Pro und Kontra rotieren. Seit Jahren versucht die Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald, ein Zusammenschluss von acht Kreisen und der Stadt Koblenz, widerstrebende Interessen zu kanalisieren. Ein Versuch ist beim Gang durch Gerichtsinstanzen im Juli 2003 gescheitert. Der neue Anlauf wird jetzt von Innenminister Karl Peter Bruch (SPD) gestoppt. Er will "nicht sehenden Auges

einen mangelhaften Raumordnungsplan" genehmigen.

Für das Innenministerium ist die Gefahr zu groß, dass Verwaltungsrichter den Plan kassieren, der nur auf einer Gesamtfläche von 1067 Hektar oder 0,2 Prozent der Fläche zwischen Eifel, Hunsrück, Westerwald und Taunus so genannte Vorranggebiete für Windanlagen ausweisen will. Das genügt aus Bruchs Sicht keinesfalls den rechtlichen Vorgaben. Denn die Windräder, die durch gesetzliche Preisreize seit Jahren mächtig Rückenwind haben, sind durch das Baugesetz des Bundes seit 1997 privilegiert und von Baubehörden nicht einfach zu verbieten. Das Innenministerium hält den Kommunen vor, dass es vor unzulässiger Verhinderungsplanung gewarnt hat.

"Vier Jahre Arbeit sind für die Katz", stöhnt der Vorsitzende der Gemeinschaft, Landrat Albert Berg-Winters

(CDU, Mayen-Koblenz). "Sicher, 0,2 Prozent sind wenig", aber mehr verträge sich mit der typischen Hügel-Landschaft eben nicht, wehrt er sich gegen den Mainzer Vorwurf des Versagens. Die Kriterien sind, so Berg-Winters, auch mit Landesbediensteten erarbeitet worden. Er schätzt die juristischen Chancen des "Teilplans Windenergienutzung" viel günstiger als Bruch ein: "Vor Gerichten hat sich der Wind gedreht."

Mit den Konsequenzen des Mainzer Vetos will sich die Planungsgemeinschaft in einer Krisensitzung am nächsten Dienstag beschäftigen. Von einem Rechtsstreit mit dem Land und damit einem "politischem Prozess" rät Berg-Winters ab. Ob eine neue Initiative gestartet wird, die Windenergie großräumig zu steuern, ist für ihn offen. Er reagiert zunächst nur mit "großer Ohnmacht" auf den Einspruch. Aber er sieht die

Gefahr, dass in einem planungsfreien Raum einzelne Gemeinden von Windrädern umzingelt werden könnten. "Die Bürger sind vor Windkraft nicht mehr so geschützt."

Rechtlich wäre es möglich, dass das Land die Planungsgemeinschaft anweist, erneut aktiv zu werden. Es könnte auch einen Plan mit eigenen Vorgaben diktieren. Aber damit ist beim politischen Schwarzer-Peter-Spiel um die Windkraft wohl nicht zu rechnen, auch wenn es für lokale Entscheider bequem wäre, auf Buhmänner in Mainz zu zeigen.

Fehlt weiter ein rechtskräftiger Raumordnungsplan, haben die örtlichen Behörden zu entscheiden, ob sie neue Windräder auf ihrem Gebiet genehmigen oder nicht. Eine Richtschnur sind dabei die Flächennutzungspläne der Verbandsgemeinden.

Ursula Samary